

EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

EUROPÄISCHER RAT VOM 25./26.03.2010: WESENTLICHE ERGEBNISSE

Auf dem Frühjahrsgipfel verständigte sich der Europäische Rat (ER) auf die Grundzüge der von der Kommission vorgelegten „Europa 2020“ Strategie (s. EB 05/10), die auf dem ER im Juni offiziell angenommen werden soll. Die Festlegung von quantitativen Kernzielen in den Bereichen Bildung, die in Deutschland in die Zuständigkeit der Länder fällt, und Armutsbekämpfung wurden auf den ER im Juni verschoben. Für die Umsetzung der Strategie wurde ein Zeitplan bis Ende 2010 vereinbart. Der ER schloss sich den Vorschlägen der Mitglieder der Eurozone zur Stärkung der wirtschaftspolitischen Koordinierung und Krisenbekämpfung an. Zudem erörterten die Staats- und Regierungschefs den Stand der Vorbereitungen auf den G-20 Gipfel. Der ER will außerdem den Verhandlungen zum Klimawandel eine neue Dynamik verleihen (s. auch die Beiträge der anderen Ressorts).

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/113618.pdf

RETTUNGSPAKET FÜR GRIECHENLAND STEHT

Am Rande des Europäischen Rates (ER) einigten sich die Staats- und Regierungschefs der Eurozone im Grundsatz auf ein mögliches Hilfspaket für Griechenland als „ultima ratio“, das einen Mehrheitsanteil aus bilateralen Krediten der Mitgliedstaaten der Eurozone und eine erhebliche Finanzierung durch den Internationalen Währungsfonds umfassen würde. Damit setzte sich Bundeskanzlerin *Angela Merkel*, die sich zuvor mit Präsident *Nicolas Sarkozy* geeinigt hatte, gegen erhebliche Widerstände im Vorfeld im Wesentlichen mit ihrer Linie durch. Eine Task Force unter Leitung von Ratspräsident *Herman Van Rompuy* soll bis Ende 2010 Vorschläge zur Krisenbewältigung vorlegen (s. auch den Beitrag des Staatministeriums der Finanzen).

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/113566.pdf



WESENTLICHE ERGEBNISSE DES MINIPLENUMS IN BRÜSSEL AM 24./25.03.2010

Im Mittelpunkt standen die Debatten über die EU-2020-Strategie im Vorgriff auf den EU-Frühjahrgipfel sowie über die Situation in der Eurozone und zur Wirtschafts- und Währungspolitik mit EZB-Präsident *Jean-Claude Trichet* und Wirtschafts- und Währungskommissar *Olli Rehn*. Die Abgeordneten billigten zudem den Portugiesen *Vitor Constâncio* als Kandidaten für den Posten des EZB-Vize-Präsidenten und von 10 Kandidaten für den Europäischen Rechnungshof. Im Plenum debattierte das EP den aktuellen Stand zur Europäischen Bürgerinitiative. Weiter legte das EP als erste EU-Institution die Themen Jugend, Forschung und Wirtschaft als Prioritäten zum Haushalt 2011 fest. Zur Sicherung der Lebensmittelqualität fordert das EP Neuregelungen als Antwort auf eine Konsultation der Kommission. Das EP sprach sich zudem für die Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen und ein Schuldenmoratorium zur Unterstützung für Entwicklungsländer sowie für eine bessere Integration der Roma aus. (s. auch die Beiträge aus den Ressorts).

http://www.europarl.europa.eu/news/public/focus_page/008-71032-081-03-13-901-20100319FCS70977-22-03-2010-2010/default_de.htm

EUROPÄISCHER AUSWÄRTIGER DIENST: ASHTON LEGT VORSCHLAG VOR

Die Hohe Beauftragte für Auswärtige Angelegenheiten und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission *Catherine Ashton* hat am 25.03.2010 ihren Vorschlag zum Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) vorgelegt. Begleitend hatte die Kommission die notwendige Revision der Haushaltsordnung und des Personalstatuts vorgeschlagen. Bundeaußenminister *Guido Westerwelle* hat bereits weiteren Beratungsbedarf angekündigt, da er Doppelstrukturen befürchtet. Auch im Europäischen Parlament formiert sich Widerstand. Die Vorschläge sollen bis Ende April angenommen werden.

Der Vorschlag zum EAD findet sich unter:

http://eeas.europa.eu/index_en.htm

Einzelheiten zur Debatte im Auswärtigen Ausschuss des EP am 23.03.2010 unter:

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/030-71103-081-03-13-903-20100322IPR71102-22-03-2010-2010-false/default_de.htm



NEUES AUSWAHLVERFAHREN FÜR EU-BEAMTE

Am 16.03.2010 hat das Europäische Amt für Personalauswahl (EPSO) das erste Auswahlverfahren (für Verwaltungsräte) in einem neuen und vereinfachten System gestartet. Das neue Verfahren, das für die gängigsten Stellenprofile künftig jährlich durchgeführt wird, ist schneller und effizienter, da es weniger Stufen umfasst. Zudem werden die bisherigen reinen Wissenstests nach französischem Vorbild durch Kompetenz-Tests ersetzt. Durch das neue System sollen zudem die Anwärter ihre Bewerbung besser vorbereiten und die EU-Organe ihre Personalplanung vorausschauender gestalten können.

http://europa.eu/epso/index_de.htm

TRIO-RATSPRÄSIDENTSCHAFT WIRBT FÜR „MULTILEVEL GOVERNANCE“

Zum ersten Mal in der Geschichte der Ratspräsidentschaft trafen sich die Minister für Territorialpolitik am 17.03.2010 zu einem informellen Treffen zu dem Thema „Multilevel Governance“, das maßgeblich von einem Weißbuch des Ausschusses der Regionen (AdR) inspiriert wurde. Spanien, Belgien und Ungarn sehen in diesem politischen Konzept ein wesentliches Mittel, um Bürger noch besser in den Prozess der Europäischen Integration einzubeziehen. Deshalb wird erwartet, dass dieses Treffen das erste von weiteren Treffen während der Trio-Ratspräsidentschaft sein wird. Für den Ausschuss der Regionen, der schon seit Jahren für die Multilevel Governance wirbt, nahm der ehemalige Präsident des AdR und Präsident des Ausschusses für Regionale Kohäsionspolitik *Michel Delebarre* teil, der Ko-Berichtersteller des Weißbuchs des AdR war.

<http://www.cor.europa.eu/pages/PressTemplate.aspx?view=detail&id=29ccdb3a-ddd8-4c85-8b26-4593ffcd977b>

Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

EUROPÄISCHER RAT AM 25./26.03.2010 – WESENTLICHE ERGEBNISSE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMI

Ohne Debatte wurde die vom Rat Justiz- und Inneres am 25.02.2010 angenommene „Strategie der Inneren Sicherheit für die Europäische Union: auf dem Weg zu einem europäischen Sicherheitsmodell“ gebilligt.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/de/ec/11361



[8.pdf](#)

KOMMISSION SCHLÄGT VERHANDLUNGEN ÜBER NEUES SWIFT-ABKOMMEN VOR

Die Kommission hat eine Empfehlung zur Aufnahme von Verhandlungen mit den USA über ein neues Abkommen betreffend die Weitergabe von Bankdaten zur Terrorismusbekämpfung vorgelegt. Sie will weitere Garantien für den Datenschutz, v.a. eine Festlegung der ausschließlichen Datennutzung zur Terrorismusbekämpfung und ein Verbot der Weitergabe größerer Datenmengen an Drittstaaten erreichen und die Übermittlung personenbezogener Daten an die US-Behörden weiter beschränken. Nach Auffassung von Innenminister Joachim Herrmann bleibt der Kommissionsvorschlag hinter den Erfordernissen des Daten- und Rechtsschutzes zurück.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/348&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
<http://www.stmi.bayern.de/presse/archiv/>

KOMMISSION SCHLÄGT VERHANDLUNGEN ZUM EMRK-BEITRITT DER EU VOR

Die Kommission hat eine Empfehlung zur Aufnahme von Verhandlungen über den Beitritt der EU zur Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) vorgelegt. Kommissionspräsident *Barroso* betonte die politische, rechtliche und symbolische Bedeutung eines EU-Beitritts zur EMRK. Dadurch werde der Grundrechtsschutz in Europa vereinheitlicht und der auf EU-Ebene gewährleistete Schutz komplettiert.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/291&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/84&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

ERNEUT KOMMUNALFREUNDLICHES URTEIL DES EUGH ZUM VERGABERECHT

Der Europäische Gerichtshof hat erneut eine Entscheidung getroffen, die einer zu engen Auslegung des EU-Vergaberechts eine Absage erteilt und die Entscheidungsfreiheit der Kommunen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben stärkt. Im Urteil vom 25.03.2010 in der Rechtssache Helmut Müller GmbH (C-



451/08) kommt der Gerichtshof zu dem Ergebnis, dass der Verkauf eines öffentlichen Grundstücks, auf dem der Erwerber später Bauleistungen erbringen soll, die den städtebaulichen Zielen der Kommune entsprechen, keinen öffentlichen Bauauftrag darstellt.

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de>

OBERBAYERISCHE LANDRÄTE DISKUTIEREN IN BRÜSSEL MIT EUROPAABGEORDNETEN, KOMMISSION UND AUSSCHUSS DER REGIONEN

Die Landräte aus dem Regierungsbezirk Oberbayern kamen vom 22.-24.03.2010 nach Brüssel und sprachen mit den oberbayerischen Europaabgeordneten *Gerald Häfner* (GRÜNE), *Nadja Hirsch* (FDP), *Wolfgang Kreissl-Dörfler* (SPD) und *Dr. Angelika Niebler* (CSU). Zu dem führten sie eine Debatte mit dem Generalsekretär des Ausschusses der Regionen und trafen zu Gesprächen mit Vertretern der Europäischen Kommission über kommunalrelevante Aspekte der Auslegung des europäischen Vergaberechts und zu aktuellen Fragen des Europäischen Beihilferechts zusammen. Im Mittelpunkt standen dabei die Themen Daseinsvorsorge, Vergaberecht und Regionalpolitik.

<http://www.pressemeldung-bayern.de/fuerstenfeldbruck-oberbayerische-landraete-treffen-generalsekretaer-des-ausschusses-der-regionen-europaabgeordnete-sowie-kommissionsvertreter-701/>

VERORDNUNG ÜBER MEHR REISEFREIHEIT FÜR INHABER NATIONALER VISA FÖRMLICH ANGENOMMEN

Der Außenministerrat hat ohne Debatte den Vorschlag der Kommission vom 27.02.2009 zur Änderung des Schengener Durchführungsübereinkommens und des Schengener Grenzkodexes förmlich angenommen. Damit bekommen Inhaber von Visa für einen längerfristigen Aufenthalt, die von einem EU-Staat nach nationalem Recht ausgestellt werden, auch in den anderen Schengen Ländern im beschränkten Umfang Reisefreiheit.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/de/jha/113512.pdf



Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

SCHWERPUNKTE DER WEITEREN ARBEIT DER JUSTIZKOMMISSARIN VIVIANE REDING

Die Kommissarin für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft, Viviane Reding, gab in den vergangenen Wochen in verschiedenen Reden erste Einblicke in ihre rechtspolitischen Vorhaben.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/10/108&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/10/91&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/10/92&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/10/89&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

KOMMISSION BESCHREITET WEG DER VERSTÄRKTEN ZUSAMMENARBEIT BEI ROM III

Die Justizkommissarin und Vizepräsidentin der Kommission *Viviane Reding* legte am 24.03.2010 den neuen Vorschlag für eine Verordnung zur internationalen Zuständigkeit und zum anwendbaren Recht für Ehescheidungen (ROM III) vor, der nun zum ersten Mal im Verfahren der Verstärkten Zusammenarbeit angenommen werden soll.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/347&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

KONSULTATION ZU DEN ERFahrungen MIT DEM STATUT DER EUROPÄISCHEN GESELLSCHAFT (SE)

Die Konsultation zum Statut der sog. Europa-AG (Societas Europaea –SE) will Informationen für eine Bewertung des SE-Statuts einzuholen. Die Konsultationsfrist endet am 23.05.2010.

http://ec.europa.eu/internal_market/company/se/index_en.htm

PROFESSORALER CHARME IN DER BAYERISCHEN VERTRETUNG: UNABHÄNGIGE FINANZBERATUNG ALS GEBOT ÖKONOMISCHER VERNUNFT

Am 18.03.2010 sprach Professor *Robert J. Shiller* (Yale University, USA) in der



Bayerischen Vertretung über „The Subprime Solution – Economic Impact of Impartial Advice and Legal Control in Real Estate and Mortgage Lending Transactions“.

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

EUROPÄISCHER RAT AM 25./26.03.2010 – WESENTLICHE ERGEBNISSE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMF

Die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebietes verständigten sich am 25.03.2010 auf einen Mechanismus für die finanzielle Unterstützung von Euro-Mitgliedstaaten, die - wie derzeit Griechenland - große finanzielle Probleme haben. Vereinbart wurde ein gemischter Mechanismus, der aus einer erheblichen Finanzierung durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) und koordinierten bilateralen Darlehen der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets besteht. Dieser Mechanismus soll aber nur als Ultima Ratio greifen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/113566.pdf

Der Europäische Rat hat am 26.03.2010 Schlussfolgerungen zur neuen Strategie Europa 2020 angenommen und sich auf deren Kernziele verständigt. Der Zeitplan für die Berichterstattung über die nationalen Reformprogramme und die Stabilitäts- und Konvergenzprogramme soll abgestimmt werden. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt und die Zuständigkeit des ECOFIN-Rates für die Umsetzung des Paktes bleiben aber unberührt.

Der Europäische Rat will die Möglichkeiten zur Krisenbewältigung verbessern und eine bessere Haushaltsdisziplin erreichen. Hierzu wird der Präsident des Europäischen Rates in Zusammenarbeit mit der Kommission eine aus Vertretern aller 27 Mitgliedstaaten und der EZB bestehende Task Force einzusetzen. Diese soll vor Ende 2010 Vorschläge unterbreiten. In dieser Task Force könnten u.a. die von Deutschland ins Spiel gebrachte Einrichtung eines Europäischen Währungsfonds oder die Einführung neuer Sanktionen im Stabilitäts- und Wachstumspakt wie den Ausschluss eines Mitgliedstaates aus dem Euroraum diskutiert werden.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/113618.pdf



WESENTLICHE ERGEBNISSE DES ECOFIN-RATES VOM 16.03.2010

Am 16.02.2010 hatte der ECOFIN-Rat Griechenland mangels ausreichender Maßnahmen zur Defizitreduzierung in Verzug gesetzt. Nunmehr hat der Rat geprüft, ob Griechenland effektive Maßnahmen zur Defizitreduzierung ergriffen hat. Der Rat ist wie die Kommission der Auffassung, dass Griechenland die Vorgaben des Rates vom 16.02.2010 und sein Stabilitätsprogramm bisher angemessen umsetzt.

Im steuerlichen Bereich hat der ECOFIN-Rat die Richtlinie zur Richtlinie zur optionalen und befristeten Anwendung des Reverse-Charge-Verfahrens bei Treibhausgasemissionszertifikaten sowie die Richtlinie über die Amtshilfe bei der Beitreibung von Forderungen in Bezug auf bestimmte Abgaben, Zölle, Steuern und sonstige Maßnahmen angenommen. Daneben hat sich der ECOFIN-Rat auf eine allgemeine Ausrichtung zur Rechnungsstellungsrichtlinie verständigt.

Weiteres Thema waren die Exit-Strategien aus den staatlichen Stützungsmaßnahmen. Der Rat hat Schlussfolgerungen zum Ausstieg aus der Finanzmarktunterstützung sowie zum Ausstieg aus den krisenbezogenen Maßnahmen auf den Arbeits- und Produktmärkten angenommen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ecofin/113535.pdf

EU-KOMMISSION: BEWERTUNG DER STABILITÄTS- UND KONVERGENZPROGRAMME DER MITGLIEDSTAATEN

Die EU-Kommission hat am 17.03.2010 die aktualisierten Stabilitäts- und Konvergenzprogramme von 14 Mitgliedstaaten (darunter Deutschland) und am 24.03.2010 die von weiteren 10 Mitgliedstaaten geprüft. Für Deutschland befürchtet die Kommission, dass die Haushaltsergebnisse ab 2011 schlechter ausfallen könnten als prognostiziert. Begründet wird diese Einschätzung vor allem mit dem Fehlen spezifizierter Konsolidierungsmaßnahmen für die Zeit nach 2010, den im Koalitionsvertrag vorgesehenen weiteren Steuersenkungen und optimistischen Wachstumsannahmen. Bei den von der Kommission abgegebenen Bewertungen handelt es sich lediglich um Empfehlungen der Kommission, die Entscheidung über die Stellungnahmen zu den Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen trifft also letztlich der ECOFIN-Rat.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/288&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>



<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/346&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EU-KOMMISSION FORDERT DEUTSCHLAND ZUR ÄNDERUNG DER VORSCHRIFTEN ZUR MISSBRAUCHSBEKÄMPFUNG BEI QUELLEN-STEUERENTLASTUNGEN AUF

Die Europäische Kommission hat Deutschland in Form einer mit Gründen versehenen Stellungnahme (zweiter Schritt des Vertragsverletzungsverfahrens) aufgefordert, seine Vorschriften zur Missbrauchsbekämpfung bei Quellensteuerentlastungen zu ändern. Mit diesen Regelungen sollen Steuerpflichtige davon abgehalten werden, sich eine Quellensteuerentlastung dadurch zu verschaffen, dass sie ein ausländisches Unternehmen nur zu diesem Zweck gründen. Die Kommission kritisiert die unverhältnismäßigen Anforderungen an ausländische Unternehmen zur Erbringung des Nachweises einer eigenen Wirtschaftstätigkeit. Erhält die Kommission innerhalb von zwei Monaten keine zufriedenstellende Antwort, kann sie den Europäischen Gerichtshof anrufen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/298&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EUROPÄISCHES PARLAMENT: PRIORITÄTEN UND LEITLINIEN FÜR DEN EU-HAUSHALT 2010

Das Europäische Parlament hat am 25.03.2010 mit zwei Entschlüssen seine Prioritäten und Leitlinien für den Haushalt 2010 festgelegt. Dazu gehören Maßnahmen zugunsten junger Menschen sowie Forschung und Innovation, insbesondere im Bereich der „grünen“ Technologien. Bei dieser Gelegenheit wurde die Kommission nochmals aufgefordert, den noch ausstehenden Bericht über die Funktionsweise der gegenwärtigen interinstitutionellen Vereinbarung und über die Halbzeitrevision des geltenden mehrjährigen Finanzrahmens noch vor Ablauf des ersten Halbjahres 2010 vorzulegen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0086+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0087+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>



EUROPÄISCHES PARLAMENT: ENTSCHEIDUNG ZUR EUROZONE UND ZU DEN ÖFFENTLICHEN FINANZEN

Das Europäische Parlament hat am 25.03.2010 eine Entschließung zur Eurozone und zu den öffentlichen Finanzen angenommen. Das Parlament fordert insbesondere die Verbesserung der wirtschaftspolitischen Koordinierung im Euroraum. Die präventiven Elemente des Paktes müssten gestärkt werden, um zu gewährleisten, dass die Mitgliedstaaten in Zeiten des Wachstums auf eine prozyklische Politik verzichten. Die finanzpolitische Koordinierung soll angesichts der bestehenden wirtschaftlichen Ungleichgewichte im Euroraum über den gegenwärtigen Geltungsbereich des Stabilitäts- und Wachstumspaktes hinausgehen. Die Kommission wird aufgefordert, Maßnahmen vorzuschlagen, die es den Mitgliedstaaten erleichtern, ihre öffentlichen Finanzen wieder ins Gleichgewicht zu bringen (z. B. Eurobonds).

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0072+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

EUROPÄISCHER RAT AM 25./26.03.2010 – WESENTLICHE ERGEBNISSE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMWIVT

Die Staats- und Regierungschefs haben sich im Rahmen der Europa 2020-Strategie am 26.03.2010 auf folgende für den Bereich des StMWIVT wesentliche Kernziele geeinigt: Anstreben einer Beschäftigungsquote von 75 % unter den 20- bis 64-Jährigen, Verbesserung der Bedingungen für Forschung und Entwicklung, mit dem Ziel, ein öffentliches und privates Investitionsvolumen von insgesamt 3 % des BIP zu erreichen sowie die Bestätigung des 20-20-20-Ziels (Verringerung der Treibhausgasemissionen um 20 %, Steigerung des Anteils der erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch auf 20 % und eine Erhöhung der Energieeffizienz um 20 %).

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/113618.pdf

WESENTLICHE ERGEBNISSE DER TAGUNG DER VERKEHRSMINISTER AM 11. MÄRZ 2010

Die Verkehrsminister nahmen auf ihrer Tagung am 11.03.2010 eine allgemeine



Ausrichtung zur Richtlinie über ortsbewegliche Druckgeräte sowie einen Verordnungsvorschlag über die Untersuchung und Verhütung von Unfällen und Störungen in der Zivilluftfahrt an. Weiter verabschiedete der Rat in erster Lesung einen Vorschlag für eine Verordnung über die Fahrgastrechte im Kraftomnibusverkehr und über die Fahrgastrechte im See- und Binnenschiffverkehr.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/trans/113317.pdf

WESENTLICHE ERGEBNISSE DER TAGUNG DER ENERGIEMINISTER AM 12. MÄRZ 2010

Die Energieminister erzielten am 12.03.2010 eine politische Einigung über eine Verordnung zu Informationen über Investitionsvorhaben in die Energieinfrastruktur innerhalb der Europäischen Union. Weiter nahmen sie Schlussfolgerungen zum strategischen Energietechnologienplan (SET-Plan) an und hielten einen Meinungsaustausch zu Energiethemen im Rahmen der Mitteilung der Kommission Europa 2020 im Hinblick auf die Befassung im Europäischen Rat.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/trans/113317.pdf

KOMMISSION GIBT KANDIDATEN FÜR DIE EUROPÄISCHEN UNTERNEHMERPREISE 2010 BEKANNT

Die Europäische Kommission hat am 15.03.2010 die Shortlist mit den Finalisten für den European Enterprise Award 2010 veröffentlicht. Erfreulich aus bayerischer Sicht ist, dass sich die vom Wirtschaftsreferat der Stadt Nürnberg gestartete Initiative „Zeit für Ethik“ in der Kategorie 5 „Responsible and Inclusive Entrepreneurship“ darunter befindet. Die Gewinner werden am 31.05.2010 in Madrid bekannt gegeben. Aus mehr als 330 Projekten hat es die Initiative damit unter die letzten 12 geschafft.

http://ec.europa.eu/enterprise/policies/sme/best-practices/european-enterprise-awards/index_de.htm

KOMMISSION VERÖFFENTLICHT BERICHTE ZUR ORDNUNGSGEMÄSSEN UMSETZUNG DES EU-ENERGIEBINNENMARKTS UND ZUR NUTZUNG DER ERNEUERBAREN ENERGIEN

Die Europäische Kommission hat am 11.03.2010 einen Bericht zur Umsetzung



des EU-Energiebinnenmarkts veröffentlicht, in dem sie feststellt, dass die Mitgliedstaaten mit der Umsetzung der Rechtsvorschriften für den Energiebinnenmarkt nachwievor im Rückstand sind. Im zweiten Bericht zur Nutzung der erneuerbaren Energien kommt die Kommission aufgrund der nationalen Vorausschätzungen zu dem Ergebnis, dass die EU ihr Ziel übertreffen wird, bis 2020 20 % ihres Energieverbrauchs aus erneuerbaren Energien zu beziehen. Danach geht die Kommission davon aus, dass die EU einen Gesamtanteil von 20,3 % erreichen wird.

http://ec.europa.eu/energy/gas_electricity/benchmarking_reports_en.htm

http://ec.europa.eu/energy/renewables/transparency_platform/transparency_platform_en.htm

EUROPÄISCHER INNOVATIONSANZEIGER 2009 VORGESTELLT

Die Europäische Kommission hat am 17.03.2010 den Europäischen Innovationsanzeiger für 2009 veröffentlicht. Danach zählt Deutschland neben den skandinavischen Ländern und Großbritannien zu den innovativsten Ländern in der EU.

<http://www.proinno-europe.eu/sites/default/files/page/10/03/1981-DG%20ENTR-Report%20EIS.pdf>

KOMMISSION VERSCHÄRFT VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN GEGEN DEUTSCHLAND WEGEN BODENABFERTIGUNGSDIENSTEN AUF FLUGHÄFEN

Die Europäische Kommission hat am 18.03.2010 mitgeteilt, dass sie der Meinung sei, dass in Deutschland der Markt für Bodenabfertigungsdienste auf Großflughäfen nicht soweit liberalisiert sei, wie durch EU-Recht vorgeschrieben. Sie habe deshalb ein gegen Deutschland laufendes Vertragsverletzungsverfahren mit einer sogenannten mit Gründen versehenen Stellungnahme verschärft. Reagiert die Bundesregierung nicht innerhalb von zwei Monaten zur Zufriedenheit der Kommission, kann diese Klage zum Europäischen Gerichtshof einreichen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/308&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>



KOMMISSION ERLÄSST NEUE GRUPPENFREISTELLUNGSVERORDNUNG FÜR DEN VERSICHERUNGSSEKTOR

Die Europäische Kommission hat am 24.03.2010 eine neue Verordnung erlassen, die bestimmte Arten von Vereinbarungen im Versicherungssektor vom allgemeinen EU-Verbot wettbewerbswidriger Praktiken freistellt. Mit der neuen Gruppenfreistellungsverordnung, die am 01.04.2010 in Kraft tritt, gelten bis März 2017 weiterhin wettbewerbsrechtliche Sonderregeln für Mitversicherungsgemeinschaften (Pools) und für die Zusammenarbeit bei statistischen Erhebungen.

http://ec.europa.eu/competition/sectors/financial_services/legislation.html

KOMMISSION VERABSCHIEDET VERORDNUNG FÜR DIE REGELUNG DES FLUGVERKEHRSFLUSSES

Die Europäische Kommission hat am 25.03.2010 eine Verordnung für die Regelung des Flugverkehrsflusses verabschiedet, mit der die Nutzung der verfügbaren Luftraumkapazität optimiert werden soll. Die neue Verordnung stellt einen wichtigen Schritt bei der Einrichtung des EU-Luftverkehrsnetzmanagements dar, das im zweiten Maßnahmenpaket für den Einheitlichen Europäischen Luftraum (Single European Sky) vorgesehen ist.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

EUROPÄISCHER RAT AM 25./26.03.2010 – WESENTLICHE ERGEBNISSE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMELF

Die Landwirtschaft war im Entwurf der Schlussfolgerungen zur Strategie Europa 2020 zunächst nicht vorgesehen und fand erst nach erheblicher Kritik des Europäischen Parlaments und der Branchenvertreter kurzfristig Eingang in den Text. Gemäß den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates leistet die Landwirtschaft einen Beitrag für die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, der Produktivität, dem Wachstumspotential und der Wirtschaftskonvergenz Europa. Alle gemeinsamen Politiken, darunter die Gemeinsame Agrarpolitik und die Kohäsionspolitik, sollen die Strategie Europa 2020 unterstützen. In Anbetracht des Wachstums- und Beschäftigungspotentials der ländlichen Gebiete wird ein nachhaltiger, produktiver und wettbewerbsfähiger Agrarsektor einen bedeutenden Beitrag zu der neuen Strategie leisten, wobei gleichzeitig ein fairer Wettbewerb zu gewährleisten ist.



http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/113618.pdf

KONFERENZ: „WELCHE ZUKUNFT HAT DIE MILCH?“

Die Europäische Kommission, GD AGRI, führte am 26.03.2010 in Brüssel eine Konferenz unter dem Titel „Welche Zukunft hat die Milch?“ durch. Agrarkommissar *Dacian Cioloș* betonte die Wichtigkeit des Sektors und kündigte ein Gesetzespaket zur Unterstützung der Milchwirtschaft bis zum Jahresende an, unabhängig von der Diskussion zur Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Der Generaldirektor der GD Landwirtschaft, *Jean-Luc Demarty*, berichtete zudem über die bisherige Arbeit der im vergangenen Sommer eingesetzten Expertengruppe „Milch“. Diese befürwortet europäische Leitlinien bei vertraglichen Vereinbarungen, die Beibehaltung der Intervention, mehr Transparenz und Ausnahmen im Wettbewerbsrecht, um die Marktmacht der Erzeuger zu steigern.

http://ec.europa.eu/agriculture/events/milk-conference-2010/index_en.htm

EU ERREICHT ZIEL BIS 2020 20 % DES ENERGIEVERBRAUCHS AUS ERNEUERBAREN ENERGIEN ZU DECKEN

Die Europäische Union ist auf einem guten Weg, bis 2020 20 % des Energieverbrauchs aus erneuerbaren Energien zu decken. Dies geht aus einer Zusammenstellung hervor, die auf Grundlage der nationalen Vorausschätzungen erstellt und am 11.03.2010 veröffentlicht wurde. Danach geht die Kommission davon aus, dass die EU einen Gesamtanteil von 20,3 % an erneuerbaren Energien erreichen wird (s. hierzu Bericht des StMWIVT in diesem EB). Laut Kommission stammten 9 % der in der EU 2007 verbrauchten Energie aus erneuerbaren Energien. Davon wurden rund 63 % aus Biomasse und biologischen Abfällen gewonnen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/265&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

KOMMISSION FORDERT 346,5 MIO. € AGRARMITTEL ZURÜCK

Diese Woche hat die Kommission in einem Konformitätsbeschluss EU-Agrargelder in Höhe von insgesamt 346,6 Mio. € zurückgefordert. Demnach haben 19 Mitgliedstaaten Mittel aus dem EU-Agrarbudget vorschriftswidrig verwendet. Griechenland muss mit 105,5 Mio. € den größten Betrag zurücker-



statten, gefolgt von Polen, das 92 Mio. € zurückerstatten muss. Im Vergleich hierzu ist der Betrag, der von Deutschland zurückgefordert wird mit 6,75 Mio. € relativ gering.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/284&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EUROPÄISCHES PARLAMENT VERABSCHIEDET RESOLUTION ZUR QUALITÄTSPOLITIK

Das Plenum des Europäischen Parlaments verabschiedete heute eine Resolution zu der Mitteilung der Kommission über die Qualitätspolitik für Agrarerzeugnisse, die im Mai 2009 veröffentlicht wurde. Das Parlament spricht sich in der Resolution für die Beibehaltung des Systems des Herkunftsschutzes und damit für die Beibehaltung der geschützten Ursprungsbezeichnung (g. U.), der geschützten geographischen Angaben (g. g. A.) und der garantiert traditionellen Spezialität (g. t. S.) aus. Es fordert zudem die verpflichtende Angabe des Ursprungslandes landwirtschaftlicher Frischware und die Einführung eines EU-Qualitätslogos für Erzeugnisse, die vollständig in der EU hergestellt wurden.

http://www.europarl.europa.eu/pdfs/news/expert/infopress/20100324IPR71285/20100324IPR71285_de.pdf

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

EUROPÄISCHER RAT AM 25./26.03.2010 – WESENTLICHE ERGEBNISSE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMAS

Im Mittelpunkt der Tagung des Europäischen Rates am 25./26. März 2010 stand die Erörterung der Agenda „Europa 2020: Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“, die am 3. März 2010 durch die Europäische Kommission vorgestellt worden war und zu deren Schlüsselbereichen ein hohes Beschäftigungsniveau sowie soziale Eingliederung zählen (s. EB 5/2010). Die Staats- und Regierungschefs verständigten sich auf die wichtigsten Elemente dieser Strategie, unter anderem auf die Kernziele, an denen sich die Umsetzung ausrichten soll, sowie auf die Modalitäten für eine bessere Überwachung. Als Kernziele wurde u.a. vereinbart, unter den 20- bis 64-jährigen Frauen und Männern eine Beschäftigungsquote von 75 Prozent anzustreben sowie die soziale Eingliederung insbesondere durch eine Verminde-



rung der Armut zu fördern. Die neue Strategie soll bei der Tagung des Europäischen Rates im Juni 2010 förmlich angenommen werden.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/113618.pdf

ARBEITSZEITRICHTLINIE: EU-KOMMISSION LEITET ERSTE PHASE DER ANHÖRUNG DER SOZIALPARTNER EIN – INITIATIVE FÜR SONNTAGS-SCHUTZ

Die Europäische Kommission hat am 24. März 2010 die erste Phase der Anhörung der Sozialpartner zur Überarbeitung der europäischen Arbeitszeitvorschriften eingeleitet. Damit werden die europäischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände konsultiert, ob hinsichtlich der Richtlinie über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung (2003/88/EG) ein Tätigwerden der Europäischen Union erforderlich ist und worauf sich eine solche Initiative beziehen sollte. Frühere Versuche zur Revision der sog. Arbeitszeitrichtlinie waren zuletzt im Vermittlungsverfahren zwischen Rat und Europäischem Parlament im April 2009 gescheitert (s. EB 8/2009). Die Einigung scheiterte v.a. an der Frage, ob Bereitschaftszeit als Arbeitszeit einzuordnen ist sowie bei der Zulassung einer möglichen Ausnahme von der prinzipiellen Höchstarbeitszeit von 48 Stunden pro Woche („opt-out“). Gleichzeitig kündigte die Kommission an, parallel zur Konsultation der Sozialpartner eine umfassende Folgenabschätzung vorzunehmen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/345&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EUROPÄISCHES PARLAMENT: PLENARABSTIMMUNG ÜBER BERICHT ZUR MUTTERSCHUTZ-RICHTLINIE VERSCHOBEN

Das Europäische Parlament hat seine ursprünglich für 24. März 2010 geplante Plenarabstimmung über die sog. Mutterschutz-Richtlinie verschoben. Zunächst wolle das EP eine Folgeschätzung vorlegen, die die Auswirkungen der Änderungsvorschläge des federführenden Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter untersuchen soll. Der Ausschuss hatte am 23. Februar 2010 den Bericht der portugiesischen Berichterstatterin Edite Estrela (S&D-Fraktion) angenommen. Damit war die Mehrheit der Parlamentarier noch über den Kommissionsvorschlag zur Änderung der Richtlinie über die „Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des



Gesundheitsschutzes von schwangeren Arbeitnehmerinnen, Wöchnerinnen und stillenden Arbeitnehmerinnen am Arbeitsplatz“ (92/85/EWG) hinausgegangen und hatte u.a. einen 20-wöchigen Mutterschutz bei voller Lohnfortzahlung sowie die Einführung eines Vaterschaftsurlaubs gefordert (s. EB 4/2010). Nach derzeitiger Planung soll die erste Lesung am 18. Mai 2010 stattfinden.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/014-70612-074-03-12-902-20100315IPR70611-15-03-2010-2010-false/default_en.htm

CHANGENGLEICHHEIT VON FRAUEN UND MÄNNERN: NACH EU-BERICHT MEHR WIRTSCHAFTSWACHSTUM DURCH FRAUEN IN FÜHRUNGSPPOSITIONEN

Nach einem Bericht der Europäischen Kommission, der am 25. März 2010 vorgestellt wurde, würde durch eine Steigerung der Zahl der Frauen in Führungspositionen von Unternehmen aller Branchen mehr Wirtschaftswachstum geschaffen werden. Die Untersuchung „Mehr Frauen in Führungspositionen – der Schlüssel zu wirtschaftlicher Stabilität und Wachstum“ zeige, dass Frauen bei wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen stark unterrepräsentiert sind, teilte die Kommission mit. Lediglich drei Prozent der börsennotierten Unternehmen würden von einer Frau geführt. Norwegen sei das einzige Land, das aufgrund einer Frauenquote ein annähernd ausgewogenes Geschlechterverhältnis in den Aufsichtsräten der größten börsennotierten Unternehmen vorweisen könne mit einem Frauenanteil von 42 Prozent, stellte die Brüsseler Behörde fest. Den Frauenanteil in Deutschland beziffert die Kommission demgegenüber auf 15 Prozent. *Viviane Reding*, die für Grund- und Frauenrechte zuständige EU-Kommissarin, betonte, dass die Gleichstellung von Frauen und Männern ein zentrales Anliegen auch innerhalb der Strategie „Europa 2020“ bilde. „Wenn Frauen mehr Arbeit haben, können wir auch die Krise überwinden“, sagte die Kommissionsvizepräsidentin anlässlich der Vorstellung der Studie.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=762&langId=en&furtherPubs=yes>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

EUROPÄISCHER RAT AM 25./26.03.2010 – WESENTLICHE ERGEBNISSE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMUK

Die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten haben sich auf der



Tagung des Europäischen Rates am 25./26.03.2010 auf die wichtigsten Elemente der Europa 2020-Strategie verständigt. Dabei wurde zwar auch beschlossen, Bildungsziele in die Strategie aufzunehmen; konkrete Festlegungen sind insoweit aber nicht erfolgt.

Den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates zufolge soll das Bildungsniveau verbessert werden, wobei insbesondere angestrebt wird, die Schulabbrecherquote zu senken und den Anteil der Bevölkerung, der ein Hochschulstudium abgeschlossen hat oder über einen gleichwertigen Abschluss verfügt, zu erhöhen; der Europäische Rat wird die Zahlenvorgaben für diese Ziele unter Berücksichtigung des Vorschlags der Kommission erst auf seiner Tagung im Juni 2010 festlegen. Mit der Annahme dieser Schlussfolgerungen wurden wichtige Forderungen des Bundesrates aufgegriffen, der den engen Zeitplan gerügt und Kritik an den von der Kommission vorgeschlagenen Bildungszielen geübt hatte.

Die Schlussfolgerungen sind im Internet unter folgender Adresse zu finden:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/113618.pdf

Der Beschluss des Bundesrates steht unter folgender Internetadresse zur Verfügung:

[http://www.bundesrat.de/cln_188/SharedDocs/Drucksachen/2010/0101-200/113-10_28B_29.templateld=raw.property=publicationFile.pdf/113-10\(B\).pdf](http://www.bundesrat.de/cln_188/SharedDocs/Drucksachen/2010/0101-200/113-10_28B_29.templateld=raw.property=publicationFile.pdf/113-10(B).pdf)

KOMMISSION RUFT ZUR EINREICHUNG VON VORSCHLÄGEN IM RAHMEN DES PROGRAMMS FÜR LEBENSLANGES LERNEN AUF

Die Kommission hat im EU-Amtsblatt vom 23. März 2010 zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen des Programms für Lebenslanges Lernen aufgerufen. Mit der Förderung wird insbesondere eine bessere Sensibilisierung für nationale Strategien für lebenslanges Lernen bezweckt. Frist für die Einreichung von Anträgen ist der 16. Juli 2010.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2010:073:0035:0038:DE:PDF>



KOMMISSION STARTET SCHÜLERWETTBEWERB ZUM THEMA EU-HAUSHALT

Die Generaldirektion Haushalt der Europäischen Kommission hat deutschsprachige Schüler im Alter zwischen 15 und 19 Jahren aufgerufen, sich im Rahmen eines Wettbewerbs kritisch mit dem EU-Haushalt auseinanderzusetzen, indem sie beispielsweise über EU-geförderte Projekte aus ihrer Umgebung berichten. Einsendeschluss ist der 30. Juni 2010.

<http://ec.europa.eu/budget/competitions/jugendwettbewerb/index.html>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

EUROPÄISCHER RAT VOM 25./26. MÄRZ 2010: WESENTLICHE ERGEBNISSE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMWFK

In der Erörterung der Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten zur Strategie der Europäischen Union für Beschäftigung und Wachstum wurden u. a. die Bereiche Wissen und Innovation als Schlüsselbereiche identifiziert. Es gelte, die Bedingungen für Forschung und Entwicklung (FuE) zu verbessern, das Dreiprozentziel (Anteil der öffentlichen und privaten FuE- sowie Innovationsmittel am Bruttoinlandsprodukt) wurde explizit aufgenommen und die Kommission beauftragt, Indikatoren für die FuE- sowie Innovationsintensität zu entwickeln. Ferner postulierte der Europäische Rat die Erhöhung des Bevölkerungsanteils der Hochschulabsolventen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/113618.pdf

ANMELDUNGSFRIST FÜR KOWI-BUNDESTAGUNG IN NÜRNBERG LÄUFT

Die 20. Bundestagung der von der DFG finanzierten EU-Serviceestelle KoWi findet in diesem Jahr vom 22. bis 24. Juni 2010 in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg in Nürnberg statt. Themen sind u. a. das kommende 8. EU-Forschungsrahmenprogramm mit dem voraussichtlich neuen Fokus Innovation sowie Strategien zur erfolgreichen Beteiligung am European Research Council.

www.kowi.de/bundestagung



25-JÄHRIGES JUBILÄUM: INITIATIVE „KULTURHAUPTSTADT EUROPAS“

Vom 23. bis 24. März 2010 wurde das 25-jährige Jubiläum der Initiative „Kulturhauptstadt Europas“ mit einer Konferenz samt Ausstellung in Brüssel gewürdigt. Mehr als 400 Teilnehmer aus ehemaligen, derzeitigen und zukünftigen Kulturhauptstädten sowie zahlreiche andere Kulturschaffende wohnten der Eröffnungsveranstaltung von der Vorsitzenden des Kulturausschusses des Europäischen Parlaments, Frau *Doris Pack*, von Kommissionspräsident *José Manuel Barroso* sowie EU-Kommissarin *Androulla Vassiliou* bei. Die Initiative begann 1985 in Athen, inzwischen trugen mehr als 40 Städte in ganz Europa den begehrten und etablierten Titel; heuer sind es Essen für das Ruhrgebiet, Pécs und Istanbul.

<http://www.essen-fuer-das-ruhrgebiet.ruhr2010.de/>

KULTUR: MEINUNGSAUSTAUSCH ZUM EUROPÄISCHEN KULTURERBE-SIEGEL

Der EP-Ausschuss Kultur und Bildung befasste sich am 21. März 2010 kritisch mit dem Kommissionsvorschlag zur Vergabe des Europäischen Kulturerbe-Siegels. Zwar wurde der Vorschlag grundsätzlich befürwortet, aber der Ausschuss befürchtete eine fehlende Attraktivität der Maßnahme sowie Schwierigkeiten im Vorschlagsverfahren bei den Mitgliedsstaaten. Die Vertreter der Kommission verwiesen hinsichtlich Finanzierungsfragen und Ausnutzung von Attraktivitätspotential mit dem Argument des Subsidiaritätsprinzips auf die Mitgliedstaaten.

http://ec.europa.eu/culture/our-programmes-and-actions/doc2519_de.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

EUROPÄISCHER RAT VOM 25./26.03.2010: WESENTLICHE ERGEBNISSE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMUG

In den Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rats (ER) vom 25./26.03.2010 werden unter dem Schwerpunkt der Strategie „Europa 2020“ u. a. die Bereiche Klimaschutzpolitik, CO₂-arme Wirtschaft und Biodiversität angesprochen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/113618.pdf



TAGUNG DES RATES DER UMWELTMINISTER AM 15.03.2010 IN BRÜSSEL

Am 15.03.2010 tagte der Rat der Europäischen Union für Umwelt (Umwelt-Rat) in Brüssel. Erstmals nahmen auch die neuen Kommissare für Umwelt, *Janez Potočnik*, und Klimapolitik, *Connie Hedegaard*, teil. Schwerpunkt war die Fortführung der EU-Klimaschutzpolitik nach Kopenhagen und der Erhalt der Artenvielfalt nach 2010. Daneben fanden u. a. Aussprachen zum Verfahrensstand der Bodenschutzrahmen-RL, zur CO₂-Emissionsminderung von leichten Nutzfahrzeugen und zur Europäischen Strategie für Wachstum und Beschäftigung statt. Im Ergebnis wurden zwei Ratsschlussfolgerungen zum Klimawandel und zur Biodiversitätsstrategie post-2010 verabschiedet sowie Berichte aus den Niederlanden zur EURO V-Norm und aus Deutschland zur Überarbeitung der Trinkwasserrichtlinie zur Kenntnis genommen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/envir/113373.pdf

KOMMISSIONSSTUDIE ZUM BODENSCHUTZ

Am 12.03.2010 hat die Generaldirektion Umwelt die Studie "Soil biodiversity: functions, threats and tools for policy makers" veröffentlicht, in dem die Kommission dazu auffordert, gesetzlich bindende Regeln zum Bodenschutz EU-weit über die Bodenschutzrahmen-RL (BRRL) zu beschließen bzw. festzuschreiben. Für Ende dieses Jahres hat die Kommission entsprechend eine EU-Biodiversitätsstrategie angekündigt, die explizit auch andere Politikbereiche ansprechen soll. Es ist anzunehmen, dass das Paket auch Aspekte der BRRL enthalten wird.

<http://ec.europa.eu/environment/soil/biodiversity.htm>

VORREITERINITIATIVE „VERANTWORTUNGSVOLLE UMWELTPOLITIK“ IM RAHMEN DER ÖSTLICHEN PARTNERSCHAFT GESTARTET

Am 23.03.2010 gab die Kommission bei ihrem Treffen mit der Gruppe für Umwelt und Klimawandel der „Östlichen Partnerschaft“ die Vorreiterinitiative „verantwortungsvolle Umweltpolitik“ bekannt. Der Fokus des Vorreiterprojekts liegt auf der Stärkung der umweltpolitischen Governance sowie auf dem Aufbau eines Gemeinsamen Umweltinformationssystems (SEIS, Shared Environmental Information System) zur Verbesserung der Verfügbarkeit verlässlicher Informationen.



http://ec.europa.eu/external_relations/eastern/initiatives/index_en.htm

ZWEITER WETTBEWERB FÜR EU-GESUNDHEITSPREIS FÜR JOURNALISTEN

Die Kommission veranstaltet nach 2009 zum zweiten Mal einen Wettbewerb für den EU-Gesundheitspreis für Journalisten und hat am 25.03.2010 dazu aufgerufen, bis zum 01.07.2010 Beiträge, die zwischen dem 16.06.2009 und dem 01.07.2010 in Print- oder Onlinemedien veröffentlicht sind, online einzureichen. Der Preis soll anspruchsvolle journalistische Arbeiten honorieren, die zur Sensibilisierung für Themen aus den Bereichen Gesundheitsversorgung und Patientenrechte beitragen. Der Gewinner des Wettbewerbes erhält 5.000 €. Im letzten Jahr hatte die Französin *Estelle Saget* mit ihrem Artikel über Schizophreniekranken und ihr familiäres Umfeld den ersten Platz belegt (vgl. EB 19/2009).

http://ec.europa.eu/health-eu/journalist_prize/2010/index_de.htm

ARBEITSZEITRICHTLINIE: EU-KOMMISSION LEITET ERSTE PHASE DER ANHÖRUNG DER SOZIALPARTNER EIN

Die Kommission hat am 24.03.2010 die erste Phase der Anhörung der Sozialpartner zur Überarbeitung der europäischen Arbeitszeitvorschriften eingeleitet. Damit werden die europäischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände konsultiert, ob hinsichtlich der Richtlinie über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung (RL 2003/88/EG) ein Tätigwerden der Europäischen Union erforderlich ist und worauf sich eine solche Initiative beziehen sollte. Frühere Versuche zur Revision der sog. Arbeitszeitrichtlinie waren zuletzt im Vermittlungsverfahren zwischen Rat und Europäischem Parlament im April 2009 gescheitert (s. EB 8/2009). Die Einigung scheiterte v.a. an der Frage, ob Bereitschaftszeit als Arbeitszeit einzuordnen ist sowie bei der Zulassung einer möglichen Ausnahme von der prinzipiellen Höchstarbeitszeit von 48 Stunden pro Woche („opt-out“). Gleichzeitig kündigte die Kommission an, parallel zur Konsultation der Sozialpartner eine umfassende Folgenabschätzung vorzunehmen (s. hierzu Beitrag des StMAS in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/345&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>



GESUNDHEITSAUSSCHUSS DES EP FÜR KLARERE LEBENSMITTELKENNZEICHNUNG UND STREICHUNG DER NÄHRWERTPROFILE

Am 16.03.2010 hat der Gesundheitsausschuss (ENVI) des Europäischen Parlamentes (EP) über den Gesetzgebungsentwurf der Kommission betreffend die Information der Verbraucher über Lebensmittel abgestimmt und sich für eine klarere und verbraucherfreundlichere Lebensmittelkennzeichnung ausgesprochen. Die EP-Abgeordneten votierten mit 52 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen über den geänderten Berichtsentwurf von MdEP *Dr. Sommer* (EVP). Im Folgenden wird das Plenum des EP über das Dossier abstimmen und der Ministerrat seine Beratungen fortführen. Der Ausgang des Verfahrens und die konkrete Ausgestaltung der neuen Vorschriften sind damit noch offen, die Abstimmung im ENVI bildet nur einen Zwischenstand ab.

<http://www.europarl.europa.eu/oeil/file.jsp?id=5592852>

http://ec.europa.eu/food/food/labellingnutrition/claims/index_en.htm

EUROPÄISCHES PARLAMENT VERABSCHIEDET RESOLUTION ZUR QUALITÄTSPOLITIK

Das Plenum des Europäischen Parlaments verabschiedete hat am 25.03.2010 eine Resolution zu der Mitteilung der Kommission über die Qualitätspolitik für Agrarerzeugnisse, die im Mai 2009 veröffentlicht wurde. Das Parlament spricht sich in der Resolution für die Beibehaltung des Systems des Herkunftsschutzes und damit für die Beibehaltung der geschützten Ursprungsbezeichnung (g. U.), der geschützten geographischen Angaben (g. g. A.) und der garantiert traditionellen Spezialität (g. t. S.) aus. Es fordert zudem die verpflichtende Angabe des Ursprungslandes landwirtschaftlicher Frischware und die Einführung eines EU-Qualitätslogos für Erzeugnisse, die vollständig in der EU hergestellt wurden (s. hierzu Beitrag des StMELF in diesem EB).

http://www.europarl.europa.eu/pdfs/news/expert/infopress/20100324IPR71285/20100324IPR71285_de.pdf

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

EUROPAPARLAMENT UND KOMMISSION VERANSTALTEN FREQUENZGIPFEL AM 22.-23. MÄRZ 2010 IN BRÜSSEL

Vom 22. bis 23. März fand im Europäischen Parlament der gemeinsam von Europäischer Kommission und Parlament veranstaltete Frequenzgipfel statt.



Im Vordergrund stand der Meinungs­austausch über die Gestaltung der Funkfrequenzpolitik insbesondere einer Neuverteilung des UHF-Bandes.

Die zwei Workshops am ersten Tag befassten sich damit, wie Frequenzpolitik gestaltet werden soll um wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Zwecken zu dienen und wie die Digitale Dividende bestmöglich genutzt werden kann. In der abschließenden Plenarsitzung am zweiten Tag diskutierten die Teilnehmer, welche konkreten Maßnahmen im Hinblick auf die Frequenzpolitik getroffen werden müssten.

Im Ergebnis sprachen sich größtenteils alle Teilnehmer für einen harmonisier­ten Ansatz aus, betonten jedoch auch dass die Kompetenz zur Vergabe der Frequenzen bei den einzelnen Mitgliedsstaaten läge. Außerdem gebe es große Unterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten bei der Freigabe der Frequenzen und den jeweiligen Voraussetzungen, was eine Koordinierung erschwere. Alle Teilnehmer betonten die Dringlichkeit ambitionierter Maßnahmen, da Europa andernfalls Gefahr laufe, im internationalen Wettbewerb auf der Strecke zu bleiben.

DIE EBU STELLT VORSCHLÄGE FÜR EIN MODERNERES URHEBERRECHT IM DIGITALEN MEDIENZEITALTER ZUR DISKUSSION

Auf der am 16./17.03.2010 im Europäischen Parlament von der European Broadcasting Union (EBU) veranstalteten Konferenz „Modern Copyright for Digital Media“ wurden Lösungsansätze für ein modernes, den technischen Veränderungen im Mediensektor angepasstes Urheberrecht diskutiert. Professor *Pascal Kamina* (Universität de Potiers) und *Peter Weber* (ZDF, Vorsitzender des EBU-Rechtsausschusses) stellten die von der EBU in einem sogenannten „White Paper“ hierzu erarbeiteten Lösungsansätze vor. Über diese Vorschläge diskutierten auf dem Podium *Marielle Gallo* (MdEP, EVP, Koordinatorin der Arbeitsgruppe Urheberrecht), *Carine Liebert* (belgische Autoren Vereinigung SABAM), *Krzysztof Grabowski* (unabhängiger Produzent Baltmedia Company), *Luigi Berlinguer* (MdEP, S&D, stellvertretender Vorsitzender des EP-Rechtsausschusses) und *Margot Fröhlinger* (Direktorin GD Binnenmarkt, Europäische Kommission).

Alle Podiumsteilnehmer waren sich einig, dass man erst am Anfang der Debatte stünde und weitere Runden folgen müssten. Kernpunkte der von *Kamina* und *Weber* präsentierten EBU-Vorschläge waren ein zwar nicht vollständig, aber in Teilen harmonisiertes „Copyright“, Kampf gegen Online Piraterie, sowie



Schutz und angemessene Vergütung der Rechteinhaber. Die Kommissionsvertreterin stimmte dem „White Paper“ im Wesentlichen zu, konkrete Handlungsempfehlungen gab sie jedoch nicht ab. Vielmehr verwies sie auf den noch laufenden Interessensabwägungsprozess.

http://www.ebu.ch/en/union/news/2009/tcm_6-67524.php

http://www.ebu.ch/en/union/news/2009/tcm_6-67516.php

http://www.ebu.ch/registration/policy2010/page/Welcome_EBU_en.php

http://www.ebu.ch/registration/policy2010/images/EBU%20POLICY%20Paper_EN_FINAL.pdf

http://www.ebu.ch/registration/policy2010/images/EBU%20Copyright%20WHITE%20Paper_EN_FINAL.pdf

EUROPÄISCHER GERICHTSHOF SPRICHT GOOGLE VOM VORWURF DER MARKENRECHTSVERLETZUNG FREI

Der Europäische Gerichtshof entschied am 23. März 2010, dass Google durch den Verkauf von eingetragenen Marken entsprechenden Schlagwörtern nicht gegen das Markenrecht verstößt. Außerdem urteilte der Gerichtshof, anders als der Antrag des Generalanwalts Miguel Poiares Maduro, dass Google für sogenannte AdWord-Anzeigen nicht automatisch verantwortlich ist. Die Haftungsfrage richtet sich zunächst nach dem Recht des Nationalstaates und dann nach EU-Recht.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2010-03/cp100032de.pdf>

BESCHLUSS DER EU-KOMMISSION ERLEICHTERT HANDY-NUTZUNG VOR KÜSTEN DER EU

Die Nutzung von Handys auf Schiffen vor den Küsten der EU-Staaten wird durch neue Regelungen der Europäischen Kommission zur Harmonisierung der technischen und rechtlichen Vorschriften für bordeigene Kommunikationsdienste durch die Europäische Kommission vom 17. März 2010 erleichtert. Anstatt der bisher 27 unterschiedlichen nationalen Rechtsvorschriften zur Mobilfunknutzung auf Schiffen ermöglichen es nun einheitliche Vorschriften den Mobilfunkbetreibern grenzüberschreitende Dienste anzubieten. Gleichzeitig empfiehlt die Kommission den Mitgliedsstaaten die Vereinfachung ihrer Genehmigungsverfahren. Betreiber bordeigener, in einem Land zugelassener Systeme sollen ihre Dienste ohne weitere Genehmigung auch in den Hoheits-



gewässern aller anderen EU-Staaten anbieten können.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/326&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EUROPÄISCHE NETZWERKANBIETER LEGEN IHRE PRIORITÄTEN IM HINBLICK AUF DIE DIGITALE AGENDA DAR

Die Vereinigung europäischer Telekommunikationsnetzanbieter (ETNO) hat am 12. März 2010 ihre Prioritäten für die EU 2020 Strategie vorgestellt. Sie begrüßte besonders die Bedeutung, die Hochgeschwindigkeitsinternetverbindungen als Garant für Wachstum, Innovation und Wohlstand gegeben wird. Die Mitglieder von ETNO gehören nach eigenen Angaben zu den führenden Investoren in Infrastruktur und Dienstleistungen, wie mobiler Breitbandzugang oder e-Health Plattformen, die die Digitale Agenda unterstützen.

<http://www.etno.be/Default.aspx?tabid=2233>